

wählt, und nicht auf das, was er in religiöser Hinsicht ererbt hat. Roof und McKinney sprechen im Zusammenhang mit diesem Religionstyp von einem „neuen Voluntarismus“ – und dies in einem in bezug auf die Religion ohnehin bereits als voluntaristisch geltenden Land. Dieser Religionstyp lebe mehr von der *Erfahrung* als von der *Glaubenslehre*, mehr vom *Persönlichen* als vom *Institutionellen*, mehr von der *Religion des Volkes* als von *offizieller Religion*. Für die liberalen Kirchen und Denominationen, aber auch für die katholische Kirche ist diese Tendenz mit einer zunehmenden Unsicherheit in bezug auf ihre zukünftige Anhängerschaft verbunden.

Die Trends in der Veränderung der religiösen Landschaft der USA sind vor diesem Hintergrund immer schwieriger auf einen Nenner zu bringen. Hohe Grade an kirchlicher und denominationaler Stabilität finden sich neben zunehmender Mobilität zwischen den Kirchen, Denominationen und neueren religiösen und quasireligiösen Bewegungen. Die zunehmende Bedeutung der individuellen Wahl koexistiert mit der Erneuerung ethnisch und regional geprägter kirchlicher Milieus. Galten die USA im Vergleich zu Europa immer schon als in religiöser Hinsicht unübersichtlich, so wird diese Unübersichtlichkeit eher noch weiter zunehmen.

Klaus Nientiedt

Vor einer „zweiten Revolution“?

Der Indio-Aufstand im mexikanischen Chiapas und seine Folgen

Wie ein Blitz aus heiterem Himmel wirkte auf die Weltöffentlichkeit der Anfang des Jahres losgebrochene Indio-Aufstand im Süden Mexikos. Wirtschaftlich und gesellschaftlich war dieser Teil des Landes aber schon länger eine Problemregion. Unter der Präsidentschaft von Carlos Salinas kam es in Mexiko zu einer wirtschaftlichen Konsolidierung und Modernisierung; wichtige Schritte auf dem Weg zu einer rechtsstaatlichen Demokratie stehen allerdings noch aus.

„Hier sind wir, die Toten aller Zeiten – sie starben erneut, aber diesmal um zu leben!“ – diesen Wahlspruch stellte die Zapatistische Nationale Befreiungsarmee (Ejército Zapatista de Liberación Nacional – EZLN), benannt nach dem 1919 ermordeten Revolutionsführer *Emiliano Zapata*, über ihr Pressecommuniqué vom 6. Januar 1994. Nicht mehr an Krankheiten, Hunger und Repression wollten sie sterben, sondern wenn schon, dann im Kampf für eine gerechte Sache. Schätzungsweise waren zu diesem Zeitpunkt – sechs Tage nach dem Beginn des Aufstands – schon mindestens 400 Menschen durch die Kampfhandlungen umgekommen. Die mexikanischen Streitkräfte hatten nach der überraschenden Besetzung von San Cristóbal de las Casas, Ocosingo, Altamirano, Abasolo, Chalán del Carmen und Las Margaritas am Neujahrstag schnell und brutal reagiert. Die seit der mexikanischen Revolution (1911-1917) an der Macht befindliche „Partei der Institutionalisierten Revolution“ (PRI), deren Herrschaft von *Mario Vargas Llosa* einmal als „perfekte Diktatur“ bezeichnet worden war, handelte in der Hoffnung, die Guerilla in wenigen Tagen militärisch besiegen zu können.

Fidel Velázquez, seit 1941 (!) Führer der regierungstreuen Einheitsgewerkschaft (Confederación de Trabajadores Mexicanos – CTM), proklamierte öffentlich die „Auslöschung“ der Aufständischen. 17 000 Soldaten wurden gegen vermutlich 2000–3000 Rebellen eingesetzt, Indio-Dörfer und Vororte von San Cristóbal de las Casas ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung bombardiert. In Ocosingo kam es zu Mas-

sakern an wehrlosen Gefangenen und Zivilisten, deren Leichen später in einem Massengrab entdeckt wurden. Die umkämpften Gebiete wurden weiträumig abgesperrt und Menschenrechtsorganisationen und dem Roten Kreuz der Zutritt verwehrt. Eine Delegation kanadischer Menschenrechtler berichtete von willkürlichen Erschießungen, Folterungen und Verhaftungen Unbeteiligter. Bischof *Samuel Ruiz* von San Cristóbal de las Casas, ein bekannter Verteidiger der Menschenrechte und würdiger Nachfolger des ersten Bischofs der Diözese, *Bartolomé de las Casas*, befürchtete einen Völkermord an den Indios und bezeichnete den Aufstand als „selbstmörderisch“.

Eine arme Region mit halbfeudalen Strukturen

Die mexikanische Regierung unter Präsident *Carlos Salinas de Gortari* legitimierte ihr hartes Vorgehen zunächst mit dem Hinweis auf *ausländische Unruhestifter*, die die geduldierten mexikanischen Indios manipuliert hätten. Dieser Sicht schloß sich auch *Octavio Paz* an, der in der EZLN ein Konglomerat von „Resten des Maoismus“, der Theologie der Befreiung und dem peruanischen „Leuchtenden Pfad“ („Sendero Luminoso“) am Werk sah. Vielen Beobachtern erschien der Aufstand als Anachronismus: Wer konnte nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Experimente einschließlich des „Modells“ Kuba, nach den jahrzehntelan-

gen Erfahrungen erfolgloser Gewaltanwendung durch Guerillagruppen in anderen Ländern Lateinamerikas noch auf den Erfolg einer solch kleinen Gruppe hoffen, die mit ihren hölzernen Gewehrattrappen gegen eine für den Kampf mit der Drogenmafia von den USA inzwischen gut ausgerüstete Armee keine Chance haben konnte?

Für andere jedoch, die mit gutem Grund die Indios nicht einfach für manipulierbar hielten, ließ sich der Aufstand nur als ein verzweifelter Schritt der Bauern plausibel machen, die ihre extreme Armut nicht länger hinnehmen wollten. Tatsächlich gehört Chiapas – neben Oaxaca und Guerrero – zu den ärmsten Teilen der „Vereinigten Staaten von Mexiko“. Von 3,21 Millionen Einwohnern von Chiapas (1990) sprechen 26,3 Prozent eine indianische Sprache, ein Drittel davon sogar ausschließlich. 30,1 Prozent der Einwohner über 15 Jahren sind Analphabeten. 58,34 Prozent der arbeitenden Bevölkerung gehen einer Beschäftigung im primären Sektor nach. 19 Prozent verfügen über gar kein Einkommen, weitere 39,9 Prozent über weniger als den gesetzlich festgelegten Mindestlohn von etwa 6,00 DM pro Tag. Allein im vergangenen Jahr starben in Chiapas 15 000 Menschen an den Folgen von Hunger und Unterernährung. Gleichzeitig ist Chiapas ein wichtiger *Rohstoff- und Energielieferant*. Ein erheblicher Teil des mexikanischen Erdöls und Erdgases wird dort gewonnen, und die Region trägt maßgeblich zur Produktion wichtiger Exportgüter wie Kaffee und Rindfleisch bei. Während 55 Prozent der in Mexiko verbrauchten elektrischen Energie in Chiapas erzeugt werden, sind 34,9 Prozent der Gemeinden dieses Bundesstaates nicht an das Stromnetz angeschlossen.

Verschiedene Entwicklungen seit dem katastrophalen Zusammenbruch der mexikanischen Wirtschaft 1982/83 brachten die indianischen Bauern zusätzlich in Bedrängnis: Die fallenden Erdölpreise zwangen zur rücksichtslosen Ausbeutung dieser Ressource und verminderten gleichzeitig den Umfang finanzieller Entschädigung für die Betroffenen. Gleichzeitig führte der Zwang zur Diversifizierung der Exporte dazu, daß die Regierung sich in den Konflikten zwischen Kleinbauern und Großgrundbesitzern stets auf die Seite derer schlug, die die Außenhandelsbilanz zu verbessern versprachen. 1991 sanken dann die *internationalen Kaffeepreise* und drückten die Einkommen vieler Kleinbauern, die ihre Subsistenzwirtschaft auf Anraten von Experten zugunsten der Exportproduktion aufgegeben hatten, unter das Existenzminimum. Die Missionsarbeit protestantischer Sekten führte in vielen indianischen Gemeinden zu solch harten Auseinandersetzungen, daß die „Abtrünnigen“ häufig von den lokalen „Kaziken“ vertrieben und damit ihres Miteigentums am Gemeindeland beraubt wurden. Dies trug ebenso zur Abwanderung und zur Erschließung des Regenwaldes bei wie die niedrigen Löhne in den Kaffeeplantagen des Soconusco, verursacht durch guatemalteckische Flüchtlinge und Wanderarbeiter, die für noch geringere Löhne zu arbeiten bereit waren. So leben heute in einem Regenwald-Gebiet, das 1960 von etwa 5000 Menschen bewohnt war, über 300 000, die eine gemeinsame Erfahrung der Migration und

Verteidigung ihrer Interessen gegen die Ansprüche von Großgrundbesitzern hinter sich haben. Aus dieser Bevölkerungsgruppe scheint übrigens der größte Teil der Guerillakämpfer zu stammen. Der aus ökologischen Gründen durchaus vernünftige *Rodungsstopp* im Lacandona-Urwald, der in den vergangenen 30 Jahren schon zu über 70 Prozent vernichtet wurde, diente oft dazu, die Bauern zu kriminalisieren und unter Druck zu setzen, während Viehzüchter und große Holzfällerfirmen mit ausreichend hohen Korruptionsgeldern leichter die nötigen Lizenzen erwerben. Das am 1. Januar 1994 in Kraft getretene Freihandelsabkommen zwischen Kanada, den USA und Mexiko (Tratado de Libre Comercio – TLC) beunruhigte die Bauern zusätzlich: Billiger Importmais aus den USA droht den Indios die letzte Möglichkeit für Geldeinkommen zu nehmen. Nicht zuletzt wurden die Kleinbauern und landlosen Arbeiter durch eine Reform des Verfassungsartikels 27 einer wichtigen Hoffnung beraubt: Im Zuge des neoliberalen „Modernisierungsprogramms“ der Regierung wurde das in Erbpacht von den Dörfern verwaltete Gemeinschaftseigentum an Land („ejido“) abgeschafft, indem es jedem einzelnen „ejidatario“ als Individuum zugeschrieben und das Verbot des Verkaufs von Land aufgehoben wurde.

Verdienste und Versäumnisse von Präsident Carlos Salinas

Gleichzeitig erklärte Salinas die Agrarreform für beendet, die vom Präsidenten *Lázaro Cárdenas* (1934-1940) in großem Stil begonnen worden war. In Chiapas mußte sich diese Maßnahme, die private Investoren aus dem In- und Ausland anlocken und eine dynamische, kapitalistische Entwicklung der Landwirtschaft einleiten sollte, besonders dramatisch auswirken, da die Revolution die Machtverhältnisse dort kaum berührt hatte. Hier herrschen immer noch *halb-feudale Strukturen*, zusätzlich verschärft durch einen latenten, aber sehr wirksamen Rassismus der „Ladinos“ gegenüber den „Indios“. Chiapas gehört nicht nur geographisch, sondern auch historisch und sozio-kulturell eher zu Zentralamerika. Die verschiedenen Indio-Organisationen haben immer wieder erfolglos mit Eingaben, Demonstrationen, Hungerstreiks und Märschen nach Mexiko-Stadt auf ihre Situation aufmerksam zu machen versucht. Ihre Aktionen wurden entweder mit selektiver Repression oder mit leeren Versprechungen beantwortet.

So läßt sich verstehen – wenn auch nicht gutheißen –, daß die EZLN in ihrer „Kriegserklärung“ aus dem Lacandona-Urwald schreibt: „¡Basta! – Jetzt reicht es. [...] Wir, integre und freie Frauen und Männer, sind vor unserem Gewissen überzeugt, daß der Krieg, den wir erklären, eine ultima ratio, aber gerecht ist.“ Es ist nun Sache der mexikanischen Regierung, die Aufständischen davon zu überzeugen, daß in der mexikanischen Gesellschaft auch auf gewaltfreiem Wege Veränderungen zu erreichen sind.

Zu kurz greift jedoch eine Analyse, die nur auf die lokalen Probleme des Bundesstaates Chiapas Bezug nimmt, der von *Carlos Fuentes* als der „mezzogiorno“ Mexikos bezeichnet wurde. Die Forderungen der EZLN haben nämlich keineswegs allein die Lebenssituation ethnischer Minderheiten in Chiapas im Auge. Sie sprechen von einer „nationalen“ Befreiung, fordern aber weder für sich die Macht im Staat noch ein planwirtschaftlich-sozialistisches System noch eine Abkopplung Mexikos vom Weltmarkt, sondern in erster Linie eine „Übergangsregierung“, die die für den 21. August vorgesehenen Präsidentschaftswahlen als freie, gleiche und geheime Wahlen organisieren soll. Demokratische Wahlen sieht die Aufstandsbewegung, die deshalb auch als „bewaffneter Reformismus“ charakterisiert wurde, als unverzichtbare Voraussetzung für alles, was sie sonst fordert. Daraus zu schließen, die Indios in der EZLN seien von außen manipuliert, scheint überzogen. Immerhin sind in Chiapas – nicht zuletzt auch angeregt durch die kirchliche Pastoral und verstärkt durch die Bewegung gegen die 500-Jahr-Feier der „Entdeckung“ Amerikas 1992 – Prozesse der Bewußtseinsbildung in Gang gekommen, die vor allem auf die Subjektivierung und Selbstorganisation der Armen setzen. Die EZLN trifft mit ihren Forderungen durchaus ein „allgemeines Interesse“, weshalb viele Basisbewegungen, Gewerk-

schaften, Parteien (einschließlich der oppositionellen rechtsliberalen PAN) und die *katholische Bischofskonferenz* die Legitimität dieser Forderungen anerkennen, auch wenn sie den Weg der Gewalt verurteilen. Mit der Forderung nach Frieden bei gleichzeitiger Unterstützung dieser Ziele der Guerilla versammelten sich am 12. Januar über 100 000 Mexikaner am Zócalo, dem Hauptplatz von Mexiko-Stadt. Einer der Redner, der Dominikanerprovinzial *Miguel Concha*, forderte zur Errichtung eines wirklich demokratischen Rechtsstaates auf. Man spricht allgemein von einer „zweiten mexikanischen Revolution“ und der Notwendigkeit einer „Neugründung“ des Gemeinwesens.

Tatsächlich ist inzwischen *die Massenloyalität verbraucht*, die das PRI-Regime durch revolutionäre Rhetorik und wirtschaftliches Wachstum, durch Kooptation und Kontrolle, wenn nötig ergänzt durch selektive Repression, bis in die achtziger Jahre hinein aufrechterhalten konnte. Es gibt deutliche Anzeichen dafür, daß Salinas die Wahlen von 1988 gegen den Herausforderer der „Partei der demokratischen Revolution“ (PRD), *Cuauhtémoc Cárdenas*, nur durch *Wahlbetrug* gewonnen hat. Sein mutiges Eintreten gegen manche Auswüchse der Korruption zu Beginn seiner Amtszeit, vor allem aber der durch konsequente Strukturanpassungsmaßnahmen erreichte wirtschaftliche Erholungsprozeß haben

Glauben können – heute



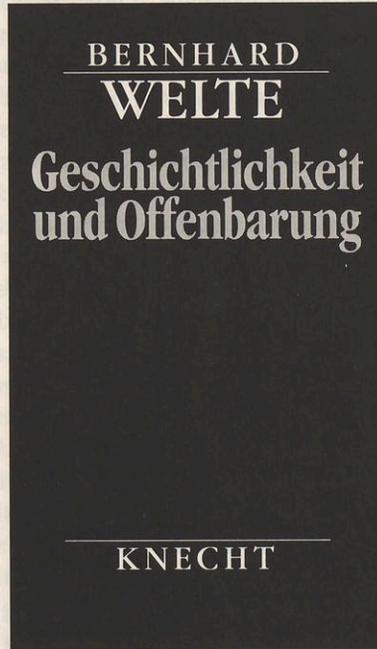
KNECHT

Nicht ewige Wahrheit, sondern menschliche Endlichkeit und epochaler Wandel öffnen den Horizont auf ein zeitgemäßes Verständnis von Offenbarung.

Sehen Sie mal rein in diese Bücher – bei Ihrem Buchhändler

Verlag Josef Knecht
Liebfrauenberg 37
60313 Frankfurt am Main

DM 26,-



DM 24,80



(ISBN 3-7820-0639-9)

(ISBN 3-7820-0675-5)

ihm im Ausland und bei den nationalen Eliten trotz dieses schlechten Starts großes Ansehen verschafft. Bis zu einer Ende 1991 einsetzenden Rezession gab es wieder ein reales Pro-Kopf-Wachstum; die Inflation wurde gebremst (1993 ca. 8 Prozent), und das Fluchtkapital kehrte zurück. Die *Veranschuldung* ist zwar nicht in absoluten Zahlen, aber bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt gefallen. Die durch Privatisierung von Staatsbetrieben erzielten Einnahmen wurden in ein gigantisches Sozialprogramm (Programa Nacional de Solidaridad – PRONASOL) gesteckt, das jedoch weniger zur Armutsbekämpfung als zum „Kauf“ von Anhängern der Staatspartei und zur Befriedung von Unruhen diente.

Der größte Erfolg für Salinas war die Ratifizierung (im November 1993) des Freihandelsabkommens (TLC) mit den USA und Kanada, das am 1. Januar 1994 in Kraft trat und über einen Zeitraum von 15 Jahren den vollständigen Abbau der Zölle vorsieht. Zwar setzt es vor allem die arbeitsintensiven Kleinstunternehmen dem Schock ausländischer Konkurrenz aus, ermöglicht jedoch die offensive Nutzung der komparativen Kostenvorteile des Landes (niedrige Löhne und Energiepreise, klimatische Vorteile). Darüber hinaus wurde Mexiko in die Asia-Pacific Economic Cooperation (APEC) aufgenommen und hofft, an der Dynamik des derzeit wichtigsten Wachstumspols der Welt, des südostasiatischen Raums, teilzuhaben. Auch eine andere Regierung dürfte zu dieser Außenwirtschaftspolitik kaum eine Alternative haben, denn der Rückfall in den Protektionismus und die Staatswirtschaft brächte enorme ökonomische Nachteile mit sich.

Aber der TLC löst keineswegs das Problem der *extrem ungleichen Einkommens- und Vermögensverteilung*, die wahrscheinlich nur noch von Brasilien übertroffen wird. 21 von 88 Millionen Mexikanern leben in „extremer Armut“, weitere 29 Millionen in „sehr einfachen Verhältnissen“. Sie verdienen ihr geringes Auskommen in einer stark angewachsenen *Schattenwirtschaft*. Die in den achtziger Jahren aufgelaufenen Realeinkommensverluste der Unter- und Mittelschichten (ca. 60 Prozent!) sind noch längst nicht zurückgewonnen. Das größte Versäumnis der sechsjährigen Amtszeit von Salinas liegt darin, daß er den Prozeß ökonomischer Strukturanpassung und technischer Modernisierung zwar mit einer (politisch mißbrauchten) sozialen Abfederung, nicht aber mit einer echten politischen Reform in Richtung einer rechtsstaatlichen Demokratie verbunden hat, die einer selbstbewußter gewordenen mexikanischen Zivilgesellschaft das Vertrauen gegeben hätte, den Modernisierungsprozeß so zu steuern und zu kontrollieren, daß er möglichst allen zugute kommen würde. Es gibt immer noch 400 Verschwundene, deren Schicksal nicht aufgeklärt ist; Hunderte von Indios sind ohne rechtsstaatliches Verfahren inhaftiert. Seit Gründung der PRD wurden 300 ihrer Mitglieder aus politischen Gründen getötet. Seit 1984 wurden 35 unbequeme Journalisten ermordet. Nach Beginn der Kampfhandlungen in Chiapas wurden wieder unabhängige Kommunikationszentren wie das Videostudio „Canal 6 de julio“ und das CENCOS (Centro Nacional de Comunicación Social) überfallen, die Mitarbeiter eingeschüchtert und wichtige Dokumente gestohlen.

Zwar hat die PRI in einigen Gemeindeparlamenten und den Bundesstaaten Chihuahua und Baja California Wahlsiege der rechtsoppositionellen PAN akzeptiert, vermutete Wahlsiege der linksoppositionellen PRD wurden aber immer wieder durch Wahlbetrug verhindert – so z.B. 1992 in Michoacán oder im November 1993 in Yucatán. Auch weigert sich die PRI, ein Wahlgesetz zu verabschieden, das durch Transparenz und demokratische Besetzung der Behörde zur Wahlüberwachung (Instituto Federal Electoral – IFE) einen Wahlbetrug konsequent unmöglich machen würde. Die Organisation der Wahlen liegt immer noch fast vollständig in den Händen der von der PRI beherrschten Exekutive.

Die gemäßigte Linie konnte sich durchsetzen

Daß solche Forderungen mit nie vorher erreichter Dringlichkeit heute in Mexiko auf der Tagesordnung stehen, ist nicht zuletzt das Verdienst der Rebellion von Chiapas. Aufgrund der großen Sympathie für die EZLN, der Gefahr des Übergreifens auf andere arme Regionen und nicht zuletzt wegen des starken internationalen Drucks, vor allem aus den USA und Kanada, konnte sich innerhalb der PRI die gemäßigte und reformbereite Linie durchsetzen. Offenbar hat Salinas begriffen, daß es sein Nachfolger im Präsidentenamt selbst dann mit einem unregierbaren Mexiko zu tun haben würde, wenn er die Wahlen ohne Wahlbetrug gewinnen („vencer“), das Land aber nicht mehr von der Fairneß der Wahlen überzeugen („convencer“) könnte. So ist zu vermuten, daß faire Wahlen inzwischen zu einer notwendigen (natürlich keineswegs hinreichenden) Bedingung für den Machterhalt der PRI geworden sind.

Ein Anzeichen für diese Einsicht ist die am 10. Januar vorgenommene *Kabinettsumbildung*: der seit seiner Zeit als Gouverneur von Chiapas verhaßte *Patrocinio González Garrido* mußte seinen Platz als Innenminister für den angesehenen parteilosen früheren Vorsitzenden der staatlichen Menschenrechtskommission *Jorge Carpizo* räumen. Der derzeitige Interimgouverneur von Chiapas, *Elmar Setzer Marseille*, mußte am 17. Januar ebenfalls zurücktreten. Am 12. Januar ordnete Salinas gegenüber der Guerrilla einen Waffenstillstand an, woraufhin auch die EZLN die Waffen ruhen ließ, und brachte am 16. Januar ein Amnestiegesetz auf den Weg, das am 21. Januar in beiden Kammern verabschiedet wurde. Daß der für seine Dialogfähigkeit bekannte frühere Bürgermeister von Mexiko-Stadt und spätere Außenminister, *Manuel Camacho Solís*, sein Amt niederlegte und sich als Vermittler zur Verfügung stellte, nährte Spekulationen, er wolle doch noch für die Präsidentschaftswahlen kandidieren. Verfassungsmäßige Voraussetzung dafür ist nämlich, sechs Monate vorher kein Regierungsamt innegehabt zu haben. Camacho galt als Favorit, bis Salinas durch den berühmten „Fingerzeig“ („dedazo“) am 29. November 1993 wider Erwarten den 43jährigen Sozialminister und Verantwortlichen für PRONASOL, *Luis Donaldo Colosio*, als Kandidaten benannte. Der Konflikt in Chiapas und die „Auferstehung“

von Camacho drängte die gerade begonnene Wahlkampagne von Colosio in den Medien vollkommen in den Hintergrund.

Mit Hilfe von Bischof Samuel Ruiz, den die EZLN als alleinigen Mittelsmann anerkannte, hat ein Dialog zwischen Camacho und den Rebellen begonnen, der erste Ergebnisse brachte: für die Kämpfer der EZLN werden „freie Zonen“ eingerichtet, in die sie sich zurückziehen sollen. Außerdem versprach die EZLN, den früheren Gouverneur von Chiapas, Absalón Castellanos, den sie seit dem 2. Januar als Geisel festhielt, freizulassen.

Bischof Ruiz – unverzichtbare Schlüsselfigur für den Frieden

Die Risiken dürfen freilich nicht gänzlich übersehen werden: Es ist möglich, daß die harte Linie innerhalb der PRI doch wieder die Oberhand gewinnt, der autoritäre Charakter des Regimes sich wieder verstärkt und dadurch die Gefahr politischer Unruhen wächst, die in einer Wiederauferweckung des schlafenden „México bronco“, des rohen, brutalen Mexiko, münden könnten, das während der Revolution über eine Million Menschenleben kostete und sich zuletzt im Cristero-Krieg 1926–29 austobte. Trotzdem ist unübersehbar, daß der Aufstand von Chiapas ganz Mexiko verändert, die wirklich wichtigen Probleme des Landes auf die Tagesordnung gesetzt und – so ist zu hoffen – einer Demokratisierung neue Chancen eröffnet hat.

Aber auch in der katholischen Kirche hat sich durch den Konflikt vieles verändert. Der bislang häufig angegriffene Bischof von San Cristóbal de las Casas, der 69jährige Samuel Ruiz García, ist zu einer unverzichtbaren Schlüsselfigur für den Frieden geworden, weil nur ihm eine Lösung des Konflikts zugetraut wird. „Don Samuel“, der am 25. Januar 1960 zum Bischof geweiht worden war, hatte schon früh den Weg einer von der Befreiungstheologie inspirierten, inkulturierten Pastoral eingeschlagen, die die Option für die Indios als die Ärmsten der Armen so ernst nahm, daß Konflikte mit den lokalen Machthabern nicht ausbleiben konnten. 1974 setzte Ruiz einen Indio-Kongreß durch, bei dem diese erstmals selbst zu Wort kamen. Sein Eintreten für die Rechte der guatemaltekischen Flüchtlinge störte die mexikanische Regierung ebenso wie das US-Außenministerium. Nach der Gründung des Menschenrechtszentrums „Bartolomé de Las Casas“ verschärften sich die Konflikte. Ein enger Mitarbeiter des Bischofs, der Priester *Joel Padrón González*, der in Landkonflikten die Indios unterstützt hatte, wurde am 18. September 1991 verhaftet und erst nach massiven Protesten am 6. November wieder freigelassen. 1992 wurde Ruiz immer wieder anonym bedroht; Viehzüchter und Großgrundbesitzer starteten eine massive Kampagne gegen ihn. Anlässlich des Besuches des Papstes in Yucatán im August 1993 überreichte Ruiz ihm den Bericht „In dieser Stunde der Gnade“ (dt. in *Weltkirche* 13 [1993] 10, 315-330 – leider in

einer schlechten Übersetzung). In scharfen Worten klagte er darin die wachsende Armut an und rechtfertigte die pastorale Arbeit der Diözese.

Wahrscheinlich war es dieser Text, der ein vermutetes Komplott zwischen Innenminister Patrocinio González und dem Nuntius *Jerónimo Prigione* zur Folge hatte. Am 26. Oktober rief Prigione Ruiz zu sich und las ihm ein römisches Schreiben vor, in dem ihm schwere Irrtümer in der Lehre, der Pastoral und der Regierung seiner Diözese vorgeworfen wurden – ohne diese freilich zu konkretisieren und auch ohne ihm das Schreiben zu übergeben. In öffentlichen Erklärungen schlossen sich auch die mexikanischen Bischöfe *Javier Lozano Barragán* und *Luis Reynoso Cervantes* der Kritik an Ruiz an. Angesichts der massiven Proteste und Solidaritätsbekundungen für Ruiz dementierte die Regierung jedoch bald jeden Versuch der Einflußnahme. Ruiz veröffentlichte ein Schreiben der Kurie, worin ihm ausdrücklich für seinen Bericht vom August gedankt und er zur Fortsetzung seiner fruchtbaren Arbeit ermutigt wurde. Viele mexikanische Bischöfe bekundeten ihm ihre Unterstützung. Der Generalsekretär der Bischofskonferenz, *Ramón Godínez Flores*, betonte sogar öffentlich, der Nuntius sei nur der Vertreter des Vatikans, nicht der Vorgesetzte der mexikanischen Bischöfe. Prigione steht deshalb in der mexikanischen Öffentlichkeit auf einmal isoliert da.

Interventionen des Nuntius und Solidarisierungseffekte

Dies ist nicht der erste Konflikt zwischen dem mexikanischen Episkopat und Prigione, der seit 1978 Vertreter des Apostolischen Stuhls ist und aus den erfolgreichen Verhandlungen um eine Normalisierung der traditionell gespannten Beziehungen zwischen Staat und Kirche in Mexiko gestärkt hervorging. Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurde er im September 1992 zum Nuntius ernannt. Als 1986 die Bischöfe *Adalberto Almeida* und *Manuel Talamás* gegen den offensichtlichen Wahlbetrug 1986 in Chihuahua mit der Aussetzung von Gottesdiensten protestieren wollten, wurde ihnen dies von Prigione untersagt.

Dem Bischof von Oaxaca, *Bartolomé Carrasco Briseño*, wurde ein Koadjutor zur Seite gestellt, *Héctor González Martínez*, der inzwischen als sein Nachfolger ganz andere pastorale Akzente setzt. Nach der mysteriösen Ermordung von Kardinal *Jesús Posadas Ocampo* (Guadalajara) am 24. Mai 1993 gab sich Prigione nach Meinung der meisten Bischöfe viel zu schnell mit der offiziellen Version zufrieden, Posadas sei zufällig in eine Schießerei von Drogenhändlern geraten. Mit dem Erzbischof von Mexiko-Stadt, Kardinal *Ernesto Corripio Ahumada*, kam es zum Konflikt, weil dieser sich gegen eine Aufteilung seiner Diözese wehrte. Ende Dezember 1993 wurde bekannt, daß Rom für das Apostolische Vikariat der Tarahumara, ein ebenfalls stark durch die Indioproblematik geprägtes Gebiet, als Nachfolger für den im Februar

1992 verstorbenen *José Alberto Llaguno Farías* den Priester *José Luis Dibletox* benannt hatte, der keinerlei Erfahrung in der Indiopastoral hat und nicht dem Jesuitenorden angehört, der die Leitung des Vikariats traditionell innehatte. Nach Ausbruch des Konflikts in Chiapas sah Prigione seine Vorwürfe gegenüber Ruiz bestätigt. Aber die 105 mexikanischen Bischöfe entschlossen sich zu einem eindeutigen und klaren Schulterschuß mit Ruiz. In einer Presseerklärung vom 12. Januar verteidigte der Ständige Rat der Bischofskonferenz Ruiz gegenüber dem Vorwurf der Unterstützung

der Guerilla und würdigte seine pastorale Arbeit. Viele Bischöfe wünschen sich inzwischen eine Abberufung des streitbaren vatikanischen Diplomaten. Der Leiter des CEN-COS, *José Álvarez Icaza*, bedankte sich bei Prigione sogar für das Verdienst, etwas für unmöglich Gehaltenes vollbracht zu haben: die Einheit der mexikanischen Kirche. Seinen im Lauf dieses Jahres anstehenden Ad-limina-Besuch in Rom braucht Ruiz, der jetzt auch als Kandidat für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen wurde, jedenfalls nicht mehr zu fürchten.

Gerhard Kruij

Erneuerung wäre geboten

Kirche, Gesellschaft und Staat in Griechenland

Von einer kleinen katholischen und einer noch kleineren protestantischen Minderheit abgesehen gehören praktisch alle Griechen der orthodoxen Kirche an. Die Verbindungen zwischen Kirche und Staat sind in Griechenland nach wie vor eng. Allerdings verliert die kulturell-historisch dominierende orthodoxe Kirche zusehends an Einfluß auf die Bevölkerung, nicht zuletzt bei Frauen und Jugendlichen. Man hält ihr vor, sie sei zu sehr von den Alltagsproblemen der Menschen entfernt und reagiere nicht angemessen auf die gesellschaftlichen Veränderungen.

Erzbischof Serafim, das Oberhaupt der Orthodoxen Kirche Griechenlands, richtete vor einigen Jahren an die Führer der christlichen Kirchen Europas den Appell, sich um jene Menschen, die durch Hunger und Not in Gefahr sind, zu kümmern und ihnen in der Kirche eine Heimat zu bereiten. Doch die Zahl der orthodoxen Griechen, die heute in ihrer Kirche Heimat finden, wird jeden Tag kleiner. Viele Griechen fragen sich, ob ihre Kirche fähig ist, den gegenwärtigen Entwicklungen nachzukommen oder ob sie nicht in den vielen Problemen versinkt, dabei nur systemerhaltend agiert und ihre Autorität und ihren Ruf gefährdet. Sie fordern von der Hierarchie, die dringenden Herausforderungen anzugehen und die nötigen Reformen ins Werk zu setzen. Verlangt wird ein „aggiornamento“, eine innere Erneuerung, damit die Kirche ihre Sendung in der heutigen Welt und am modernen Menschen erfüllen kann.

Die Volkskirche verliert an Rückhalt

Griechenland – ohne Kreta – hat etwa 80 Diözesen. Kreta hat acht Bistümer, die unmittelbar dem Ökumenischen Patriarchat in Konstantinopel unterstehen; das gilt auch für die vier Bistümer des Dodekanes. Am Rande der Akropolis von Thessaloniki liegt das Kloster Vlatadon, das dem Ökumenischen Patriarchat untersteht und von einem Bischof geleitet wird. Zum Kloster gehört das Institut für patristische Studien. Das Exarchat von Patmos, sieben Gemeinden mit

zwölf Priestern und dem Kloster des Hl. Johannes des Theologen und Evangelisten, untersteht dem Ökumenischen Patriarchat, ebenfalls das Kloster der Hl. Anastasia auf der Chalkidiki-Halbinsel.

Oberhaupt der griechischen Kirche ist der Erzbischof von Athen, seit 1974 Erzbischof Serafim (geb. 1913). Die heilige Synode, deren Vorsitzender der Erzbischof von Athen ist, besteht aus zwölf Metropolitane (Bischöfen). Die Erzdiözese Athen zählt 135 Gemeinden und etwa 400 Priester. Vier Vikarbischofe stehen dem Erzbischof zur Seite. Bei den übrigen Diözesen ist wie etwa auch in der katholischen Kirche Süditaliens die altkirchliche Ordnung noch sichtbar: Jede Stadt hat ihren Bischof, wobei zur Diözese jeweils noch das umliegende ländliche Gebiet gehört.

Es bestehen zwei theologische Fakultäten: eine in Athen mit etwa 20 ordentlichen und sechs außerordentlichen Professoren und 500 Studenten und eine in Thessaloniki, ebenfalls an der Universität, mit 15 ordentlichen und vier außerordentlichen Professoren, fünf Dozenten und 400 Studenten. Dazu kommen mehrere theologische Schulen für die Vorbereitung zum Priestertum: je eine höhere kirchliche bzw. theologische Schule in Athen und Thessaloniki; fünf mittlere theologische Schulen und drei theologische bzw. kirchliche Schulen (davon eine auf dem Athos). Zwischen den theologischen Fakultäten an den Universitäten in Athen und Thessaloniki und dem Episkopat besteht kaum ein Austausch; die Professoren wirken wenig ins kirchliche Leben hinein. Die Klöster, deren Zahl auf etwa 2000 geschätzt wird, erfah-